

Hinweise zum Datenschutz

Personenbezogene Daten des Vertragspartners werden gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchst. b) DSGVO zur Abwicklung des Vertragsverhältnisses verarbeitet.

Eine Information nach Art. 13 DSGVO ist beigefügt:

Information nach Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen und des/der Datenschutzbeauftragten

Verantwortlich:	Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Willy-Brandt-Allee 14, D-53113 Bonn Email: post(at)hdg.de Telefon: +49 (0)228 9165-0 Fax: +49 (0)228 9165-302
Datenschutzbeauftragte(r):	Anschrift: wie oben Email: datenschutz(at)hdg.de Telefon: +49 (0)228 9165-285 Fax: +49 (0)228 9165-302

Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Rechtsgrundlage: Art. 6 Abs. 1 Buchst.

b) die Verarbeitung ist für die Erfüllung eines Vertrags, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich, die auf Anfrage der betroffenen Person erfolgen;

Zweck:

b) Die Daten werden zur Vertragsdurchführung verwendet

Speicherdauer oder Kriterien für die Festlegung der Dauer

Die Daten werden für die Dauer der Vertragsabwicklung und – soweit aus dem Vertrag Zahlungen geleistet werden – für die sich anschließende Aufbewahrungsfrist von zehn Jahren vorgehalten.

Empfänger oder Kategorien von Empfänger der Daten (sofern Datenübermittlung stattfindet)

Zuständige Bundeskasse: zahlungsrelevante Daten (Empfänger/Zahlungspflichtiger, Anschrift, Bankverbindung)

Ihre Daten werden darüber hinaus ohne Ihre Einwilligung nicht an Dritte weitergegeben. Die Übermittlung an staatliche Institutionen, Behörden und Organe der Rechtspflege erfolgt nur im Rahmen der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen, bei gesetzlichen Auskunftspflichten oder wenn wir durch eine gerichtliche Entscheidung zur Auskunft verpflichtet werden.

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das **Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen.